Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/2281

Kleine Anfrage

der Fraktion der FDP

betr. **Wehrgerechtigkeit**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist die Bundesregierung gewillt, Maßnahmen vorzuschlagen, die geeignet sind, einen gerechten Ausgleich zwischen den beruflichen und finanziellen Vorteilen zu schaffen, die den Nichtwehrdienenden gegenüber den zum Wehrdienst Eingezogenen zufließen?

2. Wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeiten, der materiellen Gerechtigkeit durch

   a) staatliche Zuschüsse zur Altersversorgung der Wehrdienenden,

   b) Steuerfreibeträge für Wehrdienende,

   c) eine Wehrsteuer, die den Nichtwehrdienenden auferlegt wird,

   d) Umgestaltung der allgemeinen Wehrpflicht zu einer allgemeinen Verteidigungspflicht, die auch den Dienst im Zivilschutzkorps, im Luftschutz, in der Feuerwehr und dergleichen umfaßt, oder

   e) sonstige Maßnahmen

   zu dienen?

3. Liegen der Bundesregierung Unterlagen vor, aus denen sich ergibt, inwieweit der Wehrdienst den Soldaten einen Gewinn an Kenntnissen und Erfahrungen bringt, der die materiellen Verluste ganz oder teilweise ausgleicht?

Bonn, den 16. November 1967

Freiherr von Kühlmann-Stumm und Fraktion

Druck: Buchdruckerei R. Madel, 53 Bonn, Bonner Talweg 106
Alleinvertrieb Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg
Postfach 821, Goethestraße 54, Telefon 6 35 51